

25. Juni 2003

Pressestelle  
der  
Landesregierung  
Schleswig-Holstein



**E-Government-Forum in Rendsburg:**  
**Zusammenarbeit von Land und Kommunen**  
**für bürgerfreundliche und effizientere Verwaltung**



Staatssekretärin Ulrike Wolff-Gebhardt hat heute (25. Juni) in Rendsburg auf das gemeinsame Interesse von Land und Kommunen bei der Einführung von elektronischen Kommunikationsformen in der Verwaltung (E-Government) in Schleswig-Holstein verwiesen.



„Für mich führt nur ein Weg zu einem wirtschaftlichen E-Government in Schleswig-Holstein, und das ist der über eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen“, sagte Wolff-Gebhardt auf dem E-Government-Forum in Rendsburg. Gut 250 Gäste waren zu dieser Veranstaltung ins Kulturzentrum nach Rendsburg gekommen, zu der die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände gemeinsam eingeladen hatten.



Wolff-Gebhardt betonte, dass es bei der Einführung von E-Government vor allem um die Schaffung neuer Service-Strukturen für den öffentlichen Bereich in Schleswig-Holstein gehe. „Ich bin davon überzeugt, dass wir mit der Internet-Technologie sehr gute Chancen haben, unsere Dienstleistungsstrukturen zu stärken“, sagte die Staatssekretärin. Sie sei zuversichtlich, dass gelingen werde, eine E-Government-Vereinbarung zwischen Land und den Kommunalen Landesverbänden abzuschließen. Eine solche Vereinbarung biete einen Rahmen für das weitere gemeinsame Vorgehen. Erforderliche Maßnahmen für die benötigten Infrastrukturen könnten so gemeinsam definiert und umgesetzt werden. Die Arbeiten an der Vereinbarung wurden bereits aufgenommen.

Auch die Vertreter der kommunalen Landesverbände betonten die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit. „Wir sind der Auffassung, dass wir mit E-Government in der Lage sein werden, den Bürgerinnen und Bürgern bedarfsgerechte Dienstleistungsstrukturen der Verwaltungen anzubieten. In Zeiten knapper Mittel kann dies nur in einer gemeinsamen Aktion mit dem Land geschehen“, sagte der Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetags, Dr. Hartmut Borchert,

für die Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Landesverbände. Er begrüßte die Absicht des Landes, eine E-Government-Vereinbarung mit den Kommunalen Landesverbänden abzuschließen. Nur durch verlässliche Rahmenbedingungen werde es den Beteiligten möglich sein, die erforderliche technische Infrastruktur zu schaffen, um verwaltungsübergreifende Dienstleistungsprozesse neu zu gestalten. „Dadurch ergeben sich in der Diskussion für die aktuelle Verwaltungsstrukturreform ganz neue Ansätze“, so Borchert.

Nach Ansicht von Innenstaatssekretär Ulrich Lorenz schafft das E-Government neue und unverzichtbare Modernisierungsmöglichkeiten für die öffentliche Verwaltung. „Die neuen Technologien werden Verwaltungsabläufe grundlegend verändern“, sagte Lorenz. Der „Gang zum Amt“ werde in vielen Fällen nicht mehr notwendig sein. Beispielsweise müsse sich der Bürger bei einem Umzug in eine andere Stadt nicht mehr abmelden. „Es reicht, wenn er sich an seinem neuen Wohnort anmeldet“, sagte der Staatssekretär. Alle weiteren Formalitäten, darunter auch das Abmelden am früheren Wohnort, erledigt dann die Verwaltung für den Bürger.

Die Informations- und Kommunikationstechnologie leistet nach den Worten von Lorenz zweierlei: Leistungen der Verwaltung würden nicht nur effizient, sondern zugleich auch bürgernah erbracht. Wie der Staatssekretär weiter sagte, kann die in Schleswig-Holstein dringend notwendige Verwaltungsstrukturreform flexibel gestaltet werden. „Es geht nicht darum, sich durch Zentralisierung von den Bürgern zu entfernen“, betonte Lorenz. Im Gegenteil: Durch Internet-Angebote der Verwaltung und Bürgerbüros würden die Dienstleistungen der Verwaltung die Bürger breit gefächerter und gezielter erreichen.

Lorenz kündigte an, das Landessystemkonzept als E-Government-Plattform weiter zu entwickeln. Das Landesnetz wurde bereits im Dezember 2001 fertig gestellt. Daran nehmen auch die Kreise Segeberg, Dithmarschen und Rendsburg-Eckernförde teil. Für den Anschluss von weiteren Kreisen werde zurzeit ein technisches Konzept erarbeitet. „Wir sind auf einem guten Weg, was die Belange der Kommunen angeht“, sagte Lorenz. Im Bereich der IT-Infrastruktur gibt es einen Standardarbeitsplatz. Für die elektronische rechtsverbindliche Unterschrift wurde eine so genannte Public Key Infrastruktur (PKI) aufgebaut. Weitere Komponenten seien in der Planung. Lorenz äußerte sich zufrieden darüber, dass mit „dataport“ - eine Fusion der Datenzentrale Schleswig-Holstein mit dem Hamburger Landesamt für Informationstechnologie - demnächst ein zentraler und leistungsstarker Dienstleister als Partner des Landes und der Kommunen zur Verfügung stehe.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Gerhard Hildenbrand, Anne Nilges, Regierungspressestelle  
Landeshaus, 24105 Kiel, Tel: 0431/988-1704, Fax: 0431/988-1977,  
E-Mail: [presse.landesregierung@landsh.de](mailto:presse.landesregierung@landsh.de)  
Presseinformationen der Landesregierung finden Sie aktuell  
und archiviert im Internet unter: <http://www.landesregierung.schleswig-holstein.de> >